

Wieso „Piraten“?

Als Piratenpartei bezeichnen sich in über 140 Ländern gegründete politische Parteien, die einen freien Wissensaustausch anstreben, eine Reformierung des Urheber- und Patentrechts fordern, besseren Datenschutz, mehr Informationsfreiheit und verwandte Themen verfolgen. Gegründet wurden die Piraten in Deutschland im September 2006, in Niedersachsen gibt es uns seit Juli 2007.

Unser Ziel ist es, neben den im Parteiprogramm stehenden Punkten, speziell Themen für und von Niedersachsen, politisch einzubringen. Denn wir gestalten jetzt die Zukunft unserer Kinder.

Piraten treffen / Kontaktieren

Die Piraten Niedersachsen treffen sich regelmäßig zu Stammtischen und Informationsveranstaltungen. Orte, Termine und Zeiten und viele weitere Informationen gibt es auf unserer Website.

 **Postadresse**
Piratenpartei Niedersachsen
Bahnhofsallee 25 - 31134 Hildesheim

 **Telefon**
0160 - 44 68 80 3

 **Telefax**
0700 724 836 638

 **E-Mail**
info@piratenpartei-niedersachsen.de

 **Webseite**
www.piratenpartei-niedersachsen.de

 **Twitter**
www.twitter.com/PiratenNDS

 **Facebook**
www.facebook.com/PiratenNDS

mehr Demokratie

Politik gemeinsam gestalten

Mitdenken, mitreden, mitentscheiden

Eine lebendige Gesellschaft lebt vom Engagement ihrer Bürger. Die Kommunalpolitik muss die Interessen und Wünsche derer ernst nehmen, für die sie verantwortlich ist.

Wir wollen jedem Bürger die Möglichkeit geben, sich an Entscheidungen zu beteiligen. Denkbare Ansätze hierfür sind Bürgerbefragung und Bürgerentscheid.

» für mehr **Bürgerbeteiligung**

» für **transparente**
Entscheidungen

» für **Datenschutz** und
Auskunftsrecht

» für eine **gemeinsame**
Zukunft



MEHR DEMOKRATIE



Foto: CC-BY: Tobias M. Eckrich

Politik gemeinsam gestalten

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**

V.i.S.d.P.:

PIRATENPARTEI Niedersachsen
Max Rother - Bahnhofsallee 25 - 31134 Hildesheim

Politik gemeinsam gestalten

für mehr Bürgerbeteiligung

Bürgerbefragung

Bei wichtigen Entscheidungen wird eine Bürgerbefragung durchgeführt und das Ergebnis in die Entscheidung einfließen. Dies gilt insbesondere für PPP (Public-Private-Partnership), aber auch für die Planung von Großprojekten, z.B. Schwimmbädern oder die Umgestaltung zentraler Plätze.

Bürgerentscheid

Der Bürgerentscheid ist ein Instrument der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene. Er ist geeignet, um über viele Fragestellungen gemeinsam zu entscheiden. Nach den Grundsätzen der freien, allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahl können alle wahlberechtigten Bürger durch einen Bürgerentscheid über eine zur Abstimmung gestellte Sachfrage entscheiden. Dieses seit 2005 bundesweit eingeführte Werkzeug wird bisher unzureichend genutzt.

für transparente Entscheidungen

Transparenz

Wir setzen uns für echte Transparenz in Verwaltung und Politik ein. Dazu gehört die vollständige Veröffentlichung von Verträgen, Unterlagen, Formularen und Protokollen. Diese müssen für jeden, auch im Internet, einsehbar sein. So kann sichergestellt werden, dass jeder Bürger in der Lage ist, einzelne Entscheidungen nachzuvollziehen und zu beurteilen.

Diese Transparenz ist zwingend notwendig, um private Interessen nicht in die kommunale Vorsorge einfließen zu lassen. Nur sachbezogene Fakten dürfen eine Entscheidung herbeiführen.

für Datenschutz und

Auskunftsrecht

Datenschutz ist Demokratieschutz

Es muss für jeden Einwohner ersichtlich sein, was die Kommune wie, wann und wo über ihn speichert. Dazu gehört auch die Entscheidungsmöglichkeit, ob diese Daten weitergegeben oder anders genutzt werden dürfen.

Unabdingbar ist dazu das kostenfreie Auskunftsrecht gegenüber der Kommune und die aktive Aufklärung über Einspruchsmöglichkeiten.

Teilweise sind diese Möglichkeiten schon heute gegeben, werden aber von den Verwaltungsstellen nur auf explizite Nachfrage zugestanden. So ist es zum Beispiel möglich mit einem einfachen Formular die Weitergabe der eigenen Daten durch die Einwohnermeldeämter einzuschränken bzw. nur auf die verwaltungsinterne Nutzung einzuschränken.

Warum gibt es diese Möglichkeit nicht überall?

Videokameras verhindern keine Straftaten

Die immer umfangreichere Überwachung des öffentlichen Raumes ist ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Bürger. Videokameras können nur bei der Aufklärung von Straftaten helfen, sie jedoch nicht verhindern. Statt der Videoüberwachung ist eine Verstärkung von qualifiziertem Sicherheitspersonal zielführender. Das bietet eine deutlich verbesserte Sicherheit und ermöglicht ein zielgerichtetes Agieren ohne die Einschränkung der persönlichen Freiheit des Einzelnen.

für unabhängige

Jugendparlamente

Das Jugendparlament ist die unabhängige, politische Vertretung der Jugendlichen. Rechtlich gesehen ist das Jugendarlament vergleichbar mit einem beratenden Ausschuss und kann in die Sitzungen des Rates diesen bei Jugendangelegenheiten unterstützen, aber auch Anträge stellen. Es vertritt die Interessen der Jugendlichen gegenüber der Verwaltung und Dritter als selbständig agierendes politisches Gremium der Kommune.

Wir setzen uns für die flächendeckende Schaffung von Jugendparlamenten in allen Kommunen ein.

für eine gemeinsame Zukunft

Um Bürgerinteressen und kommunale Erfordernisse zu vereinbaren, muss ein Dialog zwischen kommunalen Stellen und Bürgern stattfinden. Bindende Bürgerentscheide, Bürgerbefragungen und ein hohes Maß an Datenschutz und Sicherheit sind die Grundpfeiler eines demokratischen Miteinanders.

Jedem Einzelnen müssen dazu alle Mittel an die Hand gegeben werden, um sich an der demokratischen Entscheidungsfindung zu beteiligen. Eine ehrliche, transparente Verwaltung, die durch Bürgernähe und Dialog zusammen mit den Einwohnern an der Entwicklung der Kommune arbeitet, ist die Grundlage für eine konstruktive gemeinsame Zukunft.